



Interviews

Interview mit Cornelia Ernst, MdEP, Linkspartei, zum EU-Asylkompromiss

"Informationen am Morgen", 20.12.2023, 8:10 Uhr

Dirk-Oliver Heckmann: In diesen Minuten erreicht uns die Meldung unserer Korrespondentin, dass doch jetzt eine Einigung erzielt worden sei, und darüber können wir jetzt sprechen mit Cornelia Ernst von der Partei Die Linke. Sie ist Mitglied des Europaparlaments, dort im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, und direkt an den Trilogverhandlungen beteiligt. Schönen guten Morgen, Frau Ernst.

Cornelia Ernst: Guten Morgen aus Brüssel.

Heckmann: Können Sie das bestätigen? Gibt es eine Einigung? Wie sieht die aus?

Ernst: Ja, es gibt eine Einigung. Wir haben seit Montag fast ununterbrochen getagt. Wir wissen eigentlich manchmal gar nicht so, wie uns der Kopf schwirrt. Aber es ist zu einer Einigung gekommen und insofern kommen wichtige Dinge auf die Mitgliedsstaaten zu.

Heckmann: Wichtige Dinge auf die Mitgliedsstaaten zu. Nehmen Sie uns mit. Wie sieht die Einigung aus?

Ernst: Zunächst einmal muss man sagen, dass das Europäische Parlament in wesentlichen Dingen dem Rat nachgegeben hat und es zu deutlichen Verschlechterungen gekommen ist. Wir haben es mit einer massiven Verschärfung des europäischen Asyl- und Migrationsrechts zu tun. Es ist das massivste seit Gründung der EU. Wenn man sich das insgesamt anschaut, muss man sagen, dass das individuelle Recht auf Asyl, begründet in der Genfer Flüchtlingskonvention, akut gefährdet ist und für viele, viele Migrantinnen und Migranten überhaupt nicht mehr realisierbar ist. Das ist eine schwere Niederlage für das Parlament und insofern, glaube ich, haben wir weder etwas für die Bekämpfung der sogenannten sekundären Migration unternommen, noch irgendwie Fortschritte erreicht, um bessere Möglichkeiten zur Integration und Aufnahme Geflüchteter in Europa zu gewähren.

Heckmann: Heftige Kritik von Ihrer Seite an dieser Einigung. - Lassen Sie uns die einzelnen Punkte vielleicht kurz durchgehen, Frau Ernst. Im Zentrum stand das sogenannte Grenzverfahren. Menschen mit geringen Bleibechancen sollen direkt an der EU-Außengrenze innerhalb von zwölf Wochen ein Schnellverfahren durchlaufen und bei Ablehnung direkt wieder abgeschoben werden. Die Frage war, ob auch Familien mit Kindern und Jugendlichen in diesen sogenannten Asylzentren an den EU-Außengrenzen festgehalten werden sollen, zumindest Familien mit besonders geringen Aufnahmechancen. Wie sieht denn da jetzt die Einigung aus bei dem Punkt?

Ernst: Die Grenzverfahren sind verkürzte Verfahren und bedeuten, dass man beispielsweise eine geringe Anerkennungsquote hat, dieses Land, aus dem man kommt, oder man einen Kontakt zu einem sicheren Drittstaat hat. Das ist alles sehr, sehr vage, das nur nebenbei. Und ja, es gab eine lange Diskussion, wer denn in diesen Grenzverfahren inhaftiert wird, denn das wird Inhaftierung sein und nichts anderes, geschlossene Zentren. Da gab es verschiedene Varianten. Das Parlament hat gesagt, na ja, Kinder mit zwölf Jahren, wenn sie zwölf Jahre sind, ja, die können inhaftiert werden mit ihren Familien. Dann gab es mal sechs Jahre vom Rat und letztendlich ist entschieden worden, dass alle Familien mit Kindern, egal wie alt die Kinder sind, wenn sie gerade erst geboren sind, auch Kleinstkindern, inhaftiert werden können, und das kann bis zu sechs Monate dauern.

Heckmann: Das ist jetzt der Stand der Dinge, dass Familien mit Kindern, egal welchen Alters, in diese Grenzverfahren hineingehen?

Ernst: Genau so ist es. So ist es tatsächlich beschlossen worden. Dafür gab es letztendlich überall Mehrheiten und das ist eine Katastrophe. Das Kindeswohl kann niemals in Haft gewahrt werden. Ich denke, das ist auch klar.

Heckmann: Innenministerin Nancy Faeser hatte ja im Vorfeld dafür geworben, dass Familien mit kleinen Kindern ausgenommen werden von diesen Grenzverfahren, hat aber auch schon im Vorfeld dazu gesagt, Deutschland würde auch zustimmen mit dieser Regelung. Was halten Sie von dieser Verhandlungsstrategie?

Ernst: Die Verhandlungsstrategie heißt, macht doch mal irgendwie, wir stimmen zu und wollen das Ganze praktisch loswerden, und vor allem, macht solche Regelungen auf, die uns Deutschen Vorteile bieten, und das ist der Fall. Wenn man sich insgesamt das Paket anschaut, sind die Mitgliedsstaaten hier im Vorteil, die nicht an den EU-Außengrenzen liegen,

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

und das ist nun mal Deutschland. Insofern, glaube ich, hat sie das frohen Herzens gesagt und ja, so sind die Dinge.

Heckmann: Was die Vorteile angeht, da gibt es auch Vorteile für die Ankunftsstaaten. Geflüchtete sollen länger in Gewahrsam gehalten werden können, wenn die Zahlen steigen. Das ist ein Zugeständnis an Ankunftsländer wie Italien. Muss man denen nicht entgegenkommen? Ist das nicht das Konzept, stärkere Abschottung an den Außengrenzen, dafür verbindliche Verteilung der Geflüchteten?

Ernst: Ja, genau das ist nicht gelungen. Es gibt keine verbindliche Verteilung der Geflüchteten. Es gibt bestimmte Regelungen, die dann unter Umständen in einen Pool führen. Das ist so kompliziert, dass es niemals gelingen wird. Man kann klar sagen, eine verbindliche Verteilung nach einem automatischen Schlüssel, was wir verlangt haben und was auch vernünftig ist, gibt es nicht. Man kann sich freikaufen.

Heckmann: Was gibt es stattdessen?

Ernst: Man kann sich freikaufen. Man kann auch beispielsweise Mittel verwenden und statt Aufnahme Mittel ausgeben für Verhandlungen und Projekte mit Drittstaaten, für Border-Management, das heißt die ganzen Grenzverfahren. Ich kann Dinge dafür verwenden, das ist alles möglich, und insofern haben wir keine Priorisierung von Aufnahme von Geflüchteten erwirkt. Das ist hier tatsächlich nicht gelungen. Alles steht nebeneinander und es bedeutet, dass die Geflüchteten letztendlich in diesen Ländern verbleiben, abgeschoben werden, gepushbackt werden. Das ist auch möglich und auch mit erleichterten Verfahren. Oder die Anrainerstaaten bleiben einfach auf den Leuten sitzen. In der Praxis wird genau das stattfinden!

Heckmann: Frau Ernst, nicht nur Innenministerin Faeser hat gesagt, man wolle, dass das Sterben auf dem Mittelmeer und das Chaos und die Rechtlosigkeit an den EU-Außengrenzen ein Ende habe, und das gehe nur mit europäischen Lösungen, die auch in der Realität funktionieren. Müssen Sie das nicht anerkennen, dass es diesen Druck in Europa gibt und gegeben hat und Deutschland, die deutsche Position und auch die Position des Europaparlaments, die mehrheitliche zumindest, in der Minderheit war?

Ernst: Ich sage es mal so: Man kann das Sterben auf dem Mittelmeer nicht damit verhindern, indem man solche Regelungen, wie wir sie jetzt hier beschlossen haben, auf den Weg bringt. Es geht vor allem darum, dass man einen Mechanismus entwickelt, der zum Beispiel

Seenotrettung unterstützt, der das erleichtert. Das wäre vernünftig. Es wäre auch vernünftig, humanitäre Visa für bestimmte Länder auszusprechen, wo Bürgerkriege sind.

Heckmann: Das wäre eine Eindämmung der irregulären Migration, Frau Ernst?

Ernst: Das wäre eine Eindämmung des Sterbens auf dem Mittelmeer und anderswo an den EU-Außengrenzen. Damit kann man erwirken, dass dieses Sterben nicht mehr stattfindet, und ich glaube, das ist schon ein großer Fortschritt. Irreguläre Migration kann man nur verhindern, indem man beispielsweise sinnvolle Regelungen schafft zur Familienzusammenführung, was nicht der Fall ist. Indem man es erleichtert, dass Leute, die in einem Mitgliedsstaat leben und Verwandte in einem anderen Mitgliedsstaat haben, dass eine erleichterte Zusammenführung stattfindet, weil natürlich Familienangehörige zu Familienangehörigen in anderen Ländern gehen werden. Klar, Familie will zusammenkommen, indem man solche Gründe anpackt und beseitigt. Das ist aber nicht erfolgt!

Heckmann: In einem kurzen Satz, Frau Ernst. Was sagen Sie zu dem Ergebnis, das gerade ganz frisch auf dem Tisch liegt?

Ernst: Das ist eine schwere Niederlage für unsere Gesellschaft, für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und es ist eine Beendigung jedenfalls für sehr viele Migrantinnen und Migranten des individuellen Rechts auf Asyl.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.